

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

24.1.1890 (No. 23)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. Januar.

N^o 23.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Amadeus von Italien, Herzogs von Aosta, legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf zehn Tage bis zum 2. Februar einschließlich an.
Karlsruhe, den 23. Januar 1890.

Großherzogliches Oberstkammerherren-Amt.
J. V. Edelsheim.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewegen gefunden, dem Badearzt Hofrath Dr. Heiligenthal in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen verliehenen Kommandeurkreuzes 2. Klasse des königlich Schwedischen Bija-Ordens und dem Dr. med. H. Kapfenberger dajelbst die gleiche Erlaubnis für das Ritterkreuz desselben Ordens zu ertheilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewegen gefunden, dem Verlagsbuchhändler Heinrich Reuther in Berlin die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm von Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen verliehenen Medaille für Kunst und Wissenschaft zu ertheilen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 23. Januar.

Nachdem das spanische Ministerium vorgestern durch den Eintritt des Herzogs von Berague komplet geworden war und den Eid geleistet hatte, hat es sich gestern den Cortes vorgestellt. Der Kammerpräsident Alonso Martinez fehlte in der Sitzung, woraus man auf ein Zerwürfniß zwischen ihm und der liberalen Majorität schließt. Sagasta rekapitulirte die Vorgänge seit dem Ausbruche der Kabinettskrisis und sprach sein Bedauern über das Nichtzustandekommen einer Verständigung der liberalen Elemente aus, für das er aber keine Verantwortung trage, da auch Martinez die Verständigung nicht erzielt habe. Bei dieser Stelle seiner Rede rief die Opposition Herrn Sagasta zu, Martinez habe nur deshalb ein Kabinet nicht zu Stande gebracht, weil Sagasta ihn daran verhinderte. An diesem Einwande ist allerdings etwas Wahres, nur erscheint die Zumuthung ungerecht, daß Sagasta's Partei sich den Forderungen der Minorität hätte unbedingt fügen sollen. In jedem Falle befißt Sagasta, wenn das Verjährungsverföhl auch nicht gelungen ist, in den Kammern eine Mehrheit, die ihn befähigen dürfte, das Programm des neuen Kabinetts zu verwirklichen. Dieses Programm besteht darin, vor den Wahlen das allgemeine Stimmrecht einzuführen, das Budget für 1890/91 zu erledigen und einige wirtschaftliche Reformen zu beschließen.

Es ist noch nicht lange her, seit von Konstantinopel aus mit Entschiedenheit einer Nachricht des bekannten Pariser „Times“-Korrespondenten entgegengetreten wurde, die geeignet war, Mißtrauen zwischen Deutschland und der Türkei hervorzurufen. Auch heute nimmt eine offiziöse Konstantinopeler Presstimme Stellung gegen eine Meldung der „Times“, welche die deutsche Politik in Bezug auf eine orientalische Frage in ein falsches Licht rückt und einen in Wirklichkeit nicht vorhandenen Widerspruch zwischen der Haltung Deutschlands und Oesterreichs zu konstruiren suchte. Es wird uns telegraphisch gemeldet: „Der in Konstantinopel erscheinende „Levant Herald“ ist ermächtigt, die Konstantinopeler Meldung der „Times“, wonach der österreichische Votschafter Baron Calice wegen der beabsichtigten Entsendung Schakir Pascha's nach Bulgarien bei der Pforte mehrfach Schritte gethan habe, entschieden zu dementiren. Sowohl diese Nachricht selbst, wie die Meldung angeblicher auf diese Sache bezügliche Unterredungen zwischen Baron Calice und dem Großvezier seien reine Erfindungen. Die „Agence de Constantinople“ erklärt zudem auf Grund authentischer Informationen die Meldung der „Times“ für falsch und erfunden, wonach die Pforte eine Depesche aus Berlin erhalten habe, welche die österreichisch-ungarische Politik betreffs Bulgariens kritisiere. Die „Agence de Constantinople“ ist ermächtigt, die in dem Artikel der „Times“ enthaltene Andeutung, daß zwischen den beiden allirten Mächten in Bezug auf Bulgarien Meinungsverschiedenheiten beständen, für vollkommen unwar zu bezeichnen. Derartige Berichte seien der Pforte weder von Berlin, noch von Wien aus zugegangen.“

Die „Times“ werden in Zukunft derartigen Meldungen ihrer Gewährsmänner gegenüber größere Vorsicht beob-

achten müssen, wenn sie sich nicht dem Verdacht der Reichfertigkeit in der Behandlung ernstlicher und diffiziler Fragen aussetzen wollen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Januar.

In der heutigen Plenar Sitzung des Reichstags wurde nach Genehmigung des Nachtragsberichts über Umbauten des Auswärtigen Amtes die zweite Lesung der Sozialistenvorlage begonnen. Der in voriger Nummer der „Karlsruher Zeitung“ mitgetheilte telegraphische Bericht schloß mit einem kurzen Auszuge aus der Rede des Großherzoglich Badischen Bundesbevollmächtigten Freiherrn von Marschall. Nach der „Kölnischen Zeitung“ sagte Freiherr von Marschall:

Der Vorredner (nämlich der Abg. Singer) hat so eben einen Vorwurf gegen mich erhoben, der schon wiederholt in der demokratischen süddeutschen Presse mit entgegengehalten wurde und der auch neulich in die Zweite badische Kammer Eingang gefunden hat, daß ich hier nämlich aus einem Flugblatt verlesen habe, was gar nicht in dem Flugblatt stehe. Nun, m. H., der ganze Gedanke, daß ich mich in meiner amtlichen Stellung dierher stelle und Dinge verlese, die in der Druckschrift nicht stehen, ist in seiner Anlage so einfach, daß ich nicht nötig hätte, darauf etwas zu erwidern. Wenn es sich lediglich um einen persönlichen Angriff gegen mich handelte, so würde ich auch jetzt nichts erwidern, denn ich bin gegen deraartige persönliche Angriffe vollkommen unempfindlich. Aber in meiner amtlichen Stellung als Vertreter meiner Regierung muß ich mich allerdings gegen diesen Vorwurf verteidigen, als ob ich hier falsche Zitate vorgebracht hätte. Damals, als ich beim Eintritt in dieses Haus vernahm, Herr Ritter habe heftige Anlagen gegen die badische Regierung geschleudert, erklärte ich: ich bedaure, daß ich auf eine Rede erwidern muß, die ich nicht gehört habe, und daß ich in diesem Augenblick das Altenmaterial nicht zur Hand habe, daß ich also aus dem Gedächtnis erwidern muß, und ich habe, als auf die beiden verbotenen Flugblätter die Rede kam, nochmals betont, daß ich bedauere, dieselben nicht bei mir zu haben. Jedermann aus dem Hause wird danach den Eindruck erhalten haben, daß es mir wesentlich darauf ankomme, den Inhalt der beiden Flugblätter wiederzugeben, nicht aber wörtliche Citate, denn es wird wohl Niemand von mir glauben, daß ich sozialdemokratische Flugblätter auswendig lerne. (Seiterkeit.) Nun habe ich gesagt, daß in den Flugblättern der Satz stehe: „Die Volksvertretung thäte nichts anderes, als das Volk zu unterdrücken, auszubeuten und zu mißhandeln und daß, was geschehen, alles auf Kosten des Geldbeutels, der Freiheit und des Rechts der armen Leute geschehe.“ Der zweite Theil des Satzes steht nahezu wörtlich in dem einen Blatte. Es heißt dort: „Denn es ist und bleibt des Pudels Kern, ob sie auch mit der Franzosenfurcht oder der Furcht vor Hölle und Teufel jaagen, es geschieht auf Kosten des Rechts, der Freiheit und des Geldbeutels.“ Und was den ersten Theil des Satzes betrifft, monach die Volksvertreter das Volk ausbeuten, so habe ich nicht zu viel, sondern zu wenig gesagt, denn ich habe mich nachträglich davon überzeugt, daß das ganze zweite Flugblatt seine andere Tendenz verfolgt, als diese Behauptung nicht nur aufzustellen, sondern auch zu beweisen. Ich berufe mich auf die Entscheidungsgründe, welche die Reichskommission zu ihrem das Verbot bekräftigenden Urtheile vom 9. April 1889 gegeben hat. Darin heißt es wörtlich: es treten in diesem Flugblatte sozialdemokratische, auf den Umsturz der Staatsgesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen hervor, und um diesen Zweck zu erreichen, werden die Führer und Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei als die einzigen wahren Freunde des arbeitenden Volks hingestellt, dagegen die Reichsregierung und deren einzelne meist reiche oder wohlhabende Anhänger, welche als die herrschenden Parteien bezeichnet werden, der systematischen Bedrückung und Ausbeutung des um seine Existenz schwer kämpfenden armen Mannes verdächtigt. Das ist nach der Entscheidung der Reichskommission die Quintessenz dieses großen weitläufigen Flugblattes, und ich frage nun, ob ich nicht mit Recht behaupten konnte, daß in diesem Flugblatt die Behauptung vorkomme. (Sehr richtig! rechts.) Also, meine Herren, der Vorwurf ist ganz unbegründet, ich habe theilweise wörtlich, überall aber dem Sinn nach vollkommen genau zitiert, was in den Flugblättern steht. Was nun die Rede betrifft, die der Redakteur in Köln gehalten hat, so habe ich da einfach den amtlichen Bericht wiedergegeben, den der damals die Verlesung überwachende Polizeibeamte an das Bezirksamt erstattet hat, und in jenem amtlichen Bericht steht die Stelle der Rede des Herrn Ged, die ich damals angeführt habe. Wenn Herr Ged nun behauptet, dies nicht gesagt zu haben, so steht diese Ansage derjenigen des überwachenden Polizeibeamten gegenüber. Sie mögen entscheiden, wenn Sie in diesem Falle glauben. Wenn der Vorredner endlich auf die vorgelegte Verhandlung der Zweiten Kammer in Karlsruhe eingegangen ist, so glaube ich, würde er vielleicht besser gethan haben, diesen Tag mit Stillschweigen zu übergehen, denn die große Interpellation Müller ist eigentlich recht kläglich im Sande verlaufen. 32 Anlagen hat Herr Müller gegen die badische Regierung erhoben, und das Resultat war, daß von diesen 32 Anlagen nur 3 als begründet erachtet wurden, nämlich 3, wo es sich um Aufhebungen und um Verbote von Versammlungen handelt. Ja, wenn nichts weiter bewiesen werden sollte, als daß bei einer zwölfjährigen Anwendung des Sozialistengesetzes in Baden in dem einen oder anderen Falle Mißgriffe vorkämen, das haben wir auch vorher gewußt, dazu hätten wir keine Broschüre und auch nicht die Rede des Herrn Ritter nötig gehabt. Also, mit dieser Interpellation ist nicht viel Staat zu machen, denn es ist festgestellt worden, daß die Anwendung des Sozialistengesetzes in Baden eine durchaus gesetz- und rechtmäßige war und auch in den Fällen, wo die

Beamten reifizirt werden mußten, unter allen Umständen die bona fides derselben vollkommen außer Zweifel stand. Ich weise also nochmals den Vorwurf des Herrn Singer, als ob ich hier irgend ein falsches Zitat gegeben hätte, als einen völlig grund- und haltlosen mit Entschiedenheit zurück. (Beifall rechts.)

Der Abgeordnete Ritter erwiderte: Ich muß Herrn v. Marschall bemerken, daß es meine Sache ist, zu beurtheilen, wie viel von den badischen Verhältnissen ich hier zur Sprache bringen will, wieviel nicht. In Karlsruhe sind ja diese Sachen genügend besprochen worden, dabei wurde auch von der Regierung zugegeben, daß das Gesetz in einzelnen Fällen nicht richtig angewendet worden ist. Deshalb mußten wir die badischen Verhältnisse hier zur Sprache bringen. Seitdem sind auch die badischen Behörden etwas milder in der Handhabung des Sozialistengesetzes geworden und wir sind mit dem Erfolg unserer Kritik ganz zufrieden.

Freiherr v. Marschall erklärte dem gegenüber: Ich möchte dem Abg. Ritter nur ein Wort erwidern. Wenn er die Behauptung aufstellt, ich hätte mich laut entschuldigt, daß ich hier aus dem Gedächtnis gesprochen hätte, so rührt die Behauptung daher, daß er meine Rede nicht gehört hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe allerdings erwähnt, daß ich aus dem Gedächtnis zitiert habe, aber zugleich den strengen Nachweis geführt, daß mich mein Gedächtnis nicht getäuscht hat. Ich möchte nicht, daß die Legende in's Land ging, ich hätte mich mit einem schwachen Gedächtnis entschuldigt. Ich habe gezeigt, daß mein Gedächtnis sehr gut war, und ich habe Alles aufrecht erhalten. Was ich gesagt habe über die geistige Interpellation, darüber will ich mich in dieser Stunde nicht verbreiten. Wenn Herr Ritter nunmehr mit den badischen Zuständen zufrieden ist, so kann ich ihm sagen, ich bin auch zufrieden, und damit löst sich denn Alles in Wohlgefallen auf. (Große Seiterkeit.)

Ritter: Ich weiß nicht, ob das eine Nichtigstellung sein soll. Herr v. Marschall hat zugegeben, daß er aus dem Gedächtnis zitiert hat, und ich habe hinzugefügt, daß er unrichtig zitiert hat. Der Beweis kann durch die Flugblätter geführt werden.

Freiherr v. Marschall: Um Herrn Ritter das klar zu machen, was ich vorher gesagt habe, müßte ich meine ganze Rede nochmals halten. (Seiterkeit.) Mit Rücksicht auf die Geschäftsvertheilung des Hauses verzichte ich darauf.

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung ist noch zu berichten, daß der Abg. Singer dem Abg. v. Kardorff gegenüber bemerkte, er habe nicht nur nicht den Anarchismus vertheidigt, sondern seine Partei als die grundfächtigste Gegnerin desselben bezeichnet. Die Berathung wurde darauf geschlossen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Kulemann verlas der Präsident folgendes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers:

„Dem Reichstag spreche ich mein Beileid aus zu dem Tode des Freiherrn v. Franckenstein. Ich ehre in ihm einen Mann von vornehmer Gesinnung und wahren Patriotismus, der für sein bayerisches wie für sein deutsches Vaterland allezeit ein warmes Herz hatte.“

Der Präsident schloß an die Mittheilung der Depesche die Worte: M. H., indem Sie sich erhoben haben, drücken Sie zugleich den ehrfurchtsvollen Dank des Hauses aus für die Theilnahme, welche Seine Majestät der Kaiser dem Verluste widmet, der dieses Haus heute betroffen hat.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung.

Deutschland.

Berlin, 22. Jan. Seine Majestät der Kaiser unternahm heute Vormittag eine Ausfahrt nach dem Thiergarten, gewährt er dem Professor v. Werner im Gebäude der Kunstakademie eine längere Portraitaufnahme und fuhr beim Hotel Petersburg vor, um der Familie des verstorbenen Frhrn. v. Franckenstein sein Mitgeföhl persönlich auszudrücken. Seine Majestät der Kaiser arbeitete alsdann etwa 1 1/2 Stunden mit dem Chef des Civilkabinetts, Geh. Rath Dr. Lucanus, und empfing hierauf den Major der Landwehr Dörfling anlässlich seiner Beförderung zur persönlichen Meldung.

Der Bundesrath wird morgen eine Plenar Sitzung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Reichstagsbeschlüsse auf Abänderung der Militär-Strafgerichtsordnung und zur Ausführung der Anleihegesetze, ferner ein sächsischer Antrag, der landständischen Bank des sächsischen Markgrafenthums Oberlausitz das derselben bis zum Schlusse des Jahres 1890 ertheilte Privilegium zur Ausgabe von Banknoten bis zum 1. Januar 1901 zu verlängern.

Feldmarschall Graf Moltke, der langjährige Vertreter des Wahlkreises Memel-Heudekrug im Reichstag, hat sich zur Wiederannahme der Wahl bereit erklärt.

Der General der Artillerie v. Voigts-Rheg hat in Raumburg a. d. S., wo er als Kapitular des dortigen Domkapitels nach seiner Verabschiedung seinen Wohnsitz genommen hat, das Jubiläum seiner 50jährigen Militärdienstzeit in voller Rüstigkeit gefeiert.

Die Budgetkommission des Reichstages trat heute zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Abg. v. Bennigsen, gab Kenntniß von dem Ableben des Kommissionsmitgliedes Abg. Frhrn. v. Franckenstein und die Kommission erhob sich von den Sitzen, um

das Andenken des Verstorbenen zu ehren. Staatssekretär Graf Bismarck begründete darauf die Nachtragsforderung für einige dringliche Bauten des Auswärtigen Amtes; die Forderung ward einstimmig bewilligt. Der Abg. Dr. Paarmann verzichtete auf die Verhandlung seines Antrags betreffend die Gewährung der freien Fahrt an die beurlaubten Soldaten, hat aber die Reichsregierung, bis zum nächsten Etat eine Aufstellung über die etwaigen Kosten desselben zu fertigen, was Generalleutnant Stockmar zusagte. Der Abg. Dr. Baumbach erklärte ebenso, im Namen des Abg. Richter, daß er auf eine Berathung der Anträge Richter betreffend Spezialetat für die Schutzgebiete und Dampfersubvention für Samoa für diese Session verzichte. Hiermit waren die Verhandlungen der Budgetkommission für diese Session abgeschlossen.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Staatsberathung fortgesetzt, wobei die Abgg. Enneccerus, Windthorst und Graf Limburg-Styrum für die Steuerreform und Erhöhung der Beamtengehälter eintraten. Finanzminister v. Scholz dankte für die Unterstützung des Landtags in der Frage der Beamtengehälter, durch welche es nunmehr möglich werde, eine definitive Vorlage einzubringen, welche auch die Volksschullehrer in sich schließt. Das Haus überwies die üblichen Statistiken der Budgetkommission.

Von der Nachricht der heute hier eingetroffenen englischen Blätter, Portugal habe die Vermittlung der Mächte wegen des Streites mit England auf Grund des Kongovortrages anrufen, ist in hiesigen unterrichteten Kreisen bis jetzt gutem Vernehmen nach nichts bekannt.

Der „New-York Herald“ veröffentlicht einen Bericht seines Spezialkorrespondenten, den er Stanley und Emin Pascha entgegengefaßt hatte, vom 24. v. M. Ueber Bagamoyo schreibt derselbe: „Zwei Dinge fielen mir besonders in Bagamoyo auf: die Höflichkeit, welche die Eingeborenen jeder Klasse und jeden Herkommens gegen die Europäer zeigen, und die bewundernswürdige Art, in welcher Major Wischmann und seine Offiziere für ihre Soldaten sorgen. Die letzteren sind gut bezahlt, gut ernährt, gut bewaffnet und gut gekleidet und gut erzogen. Große Ansprüche werden im Marschiren und Fechten an sie gemacht, und sie thun das freudig. Eine Bemerkung, welche einige Offiziere Stanley's machten, als wir mit denselben in Mwa zusammentrafen, ging dahin, daß sie niemals schwarze Männer in einer Weise in das Lager marschiren sahen, als es die Truppe Graevenreuth's that auf einem so gewaltigen Marsch, wie wir ihn gemacht hatten.“ Der Korrespondent spricht sich mit großer Anerkennung und Dankbarkeit über das Entgegenkommen des Majors Wischmann aus, nachdem derselbe vom Fürsten Bismarck die Erlaubniß erhalten hatte, die Expedition des „New-York Herald“ zu unterstützen. Das Anerbieten des Korrespondenten, auch für Emin Pascha und seine Leute Lebensmittel und dergleichen zu beschaffen, wurde dankend abgelehnt, es wurden diese auf Kosten des Deutschen Emin-Komite's eingekauft und von Lieutenant v. Graevenreuth an den Ort ihrer Bestimmung gebracht.

Rudolstadt, 22. Jan. Ueber das Ableben Seiner Durchlaucht des Fürsten Georg Albert von Schwarzburg-Rudolstadt werden folgende Einzelheiten gemeldet. Der Fürst war kaum zwei Tage krank, wenn er auch schon seit zwei Monaten an Katarrh litt. Am Freitag noch besuchte er seinen Leibarzt Dr. Clemens, ging aber nicht mehr zu Fuß ins Schloß zurück, ließ sich vielmehr durch einen Wagen abholen. Am Samstag nahm das Unwohlsein einen ernsteren Charakter an und es blieb der Leibarzt bis Mitternacht am Krankenbett. Darauf schien Besserung einzutreten, die auch am andern Tage früh noch anhielt. Der Fürst stand auf, kleidete sich an und legte sich dann auf einen Ruhefessel. Gegen 4 Uhr Nachmittags trat jedoch eine plötzliche Schwäche ein und gegen 5 Uhr hatte ein Herzschlag das Leben des kräftigen Mannes beendet. Die Sektion stellte als Krankheit Grippe mit Luftröhrenentzündung, als unmittelbare Todesursache Herzschlag fest. Gestern Nachmittag um 3 Uhr traf der Regierungsnachfolger Fürst Günther hier ein, vom Staatsministerium, den obersten Hof-, Militär- und Stadtbeamten begrüßt; der Fürst ordnete Landestruer an, nahm die Hulbigung der obersten Behörden und die Vereidigung des Militärs entgegen. Die „Gesetzsammlung für das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt“ veröffentlicht nachstehenden Erlaß des Fürsten:

Wir, Günther, von Gottes Gnaden Fürst zu Schwarzburg, Graf zu Hohnstein, Herr zu Arnstadt, Sondershausen, Leutenberg, Blankenburg u. s. f. fügen hiermit kund und zu wissen, daß es Gott dem Allmächtigen in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen hat, den Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Georg, Fürsten zu Schwarzburg u. s. f., nach kurzem Krankenlager am gestrigen Tage, Nachmittags 5 Uhr, durch einen plötzlichen Tod aus dieser Welt abzuberufen. Tiefgebeugt durch diesen schweren Verlust sind wir überzeugt, daß das ganze Land an Unserem gerechten Schmerze den innigsten Antheil nimmt und das Andenken des so früh dahingegangenen Landesherren in treuer Verehrung bewahrt. Nach dem in Unserem Fürstlichen Hause bestehenden Erbfolgerecht ist die Regierung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt auf uns übergegangen. Wir treten dieselbe im Vertrauen auf Gottes Hilfe und Beistand hiermit an und werden dieselbe treu und gewissenhaft führen und die Bestimmungen des Landesgrundgesetzes vom 21. März 1854, das Wir hiermit ausdrücklich anerkennen, aufrecht erhalten und beschützen. Alle Beamten und Diener besätigen Wir hiermit in ihren Aemtern und erwarten, daß dieselben uns pflichtmäßige Treue bewahren und in ihrem amtlichen Wirken gefällig beharren werden. Zu allen Unseren getreuen Unterthanen aber versehen Wir uns, daß sie ihre Verehrung für den entschlafenen Landesherren dadurch betheiligen werden, daß sie uns, dem Regierungsnachfolger, treue Ergebenheit und willigen Gehorsam leisten. — So geschehen Rudolstadt, den 20. Januar 1890. Günther, Fürst zu Schwarzburg, von Starck. A. von Solten. Hanshal.

Dresden, 22. Jan. Der am Montag verstorbene Fi-

nanzminister Leonce Robert Freiherr v. Könniger hatte ein Alter von 55 Jahren erreicht und hinterläßt im Staatsleben Sachsens zunächst eine unverkennbare Lücke. Der Verstorbene war ein unermüdlicher Arbeiter und ein außergewöhnlich befähigter Finanzmann, welchem das Königreich Sachsen eine nachhaltige Hebung seines Wohlstandes verdankt. Freiherr v. Könniger studirte in Leipzig und Heidelberg Jura und Kameralia; bereits in seinem 30. Jahre kam er an die Spitze der Amtshauptmannschaft Chemnitz, wurde 1874 in gleicher Eigenschaft nach Zwickau und ein Jahr später nach Leipzig versetzt. Am 1. November 1876 wurde er als Nachfolger des Herrn v. Friesen zum Leiter des Finanzministeriums berufen. Er fand die sächsischen Finanzen in einem nicht günstigen Stande, Handel und Wandel befanden sich in einer gewissen Stocung. Nach und nach traten bessere Verhältnisse ein; auch hat er durch Sparsamkeit, Umsicht und Erschließung neuer Einnahmequellen viel zur Besserung beigetragen, so daß er die sächsischen Finanzen in glänzendem Zustande zurückläßt. Er gehörte dem Bundesrathe als Mitglied an; auch war er eine Zeit lang Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Pagan-Borna. Der Tod des hochverdienten, im Verkehr verbindlichen, leutlichen Beamten erweckt im ganzen Lande aufrichtige Theilnahme. Heute Mittag wohnten Seine Majestät der König und der Prinz Georg der Einsegnung der Leiche des Finanzministers v. Könniger bei, welche nach Erdmannsdorf übergeführt wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Jan. Die altzeitsche „Politik“ schreibt: „Wir glauben, es empfehle sich dringend, vorläufig die durch den nationalen Waffenstillstand gewonnene Zeit zur volkswirtschaftlichen Restaurierung des Königreiches Böhmen zu verwenden. Man lasse die radikalen Elemente rechts und links erzögern, wenn sie nichts Besseres zu thun haben. Die ersten Männer wenigstens unseres Volkes mögen sich in der joben gewonnenen Ruhepause der wirtschaftlichen Arbeit widmen in der patriotischen Ueberzeugung, daß diese schließlich auch auf politischem Gebiete Früchte tragen muß.“

Italien.

Rom, 22. Jan. Das Leichenbegängniß des Herzogs von Aosta fand heute Nachmittag in Turin statt. Dem Sarge voran schritten die Deputationen zahlreicher militärischer Körperschaften, welchen der Herzog angehörte, ferner eine Deputation des Heffischen Infanterieregiments Nr. 14. Ein höherer Offizier, den Sarg des Verstorbenen tragend, schritt hinter dem mit rothem Sammet bedeckten Sarge her, welcher auf einer Kanonenlafette ruhte und von acht Pferden gezogen wurde. Der Sarg war mit den Kränzen der italienischen und auswärtigen Fürstenthümer besetzt. Dem Sarge folgten zu Fuß Seine Majestät der König, der Kronprinz, die Söhne des Verstorbenen, der Herzog von Genua, die Prinzen Jerome Viktor und Louis Napoleon, der Prinz von Hohenzollern, die Minister, die Spitzen der Behörden, verschiedene Körperschaften, Subenten, Vertreter der Presse, Vereine mit 200 Köpfen u. s. f. An der Leichenfeier betheiligten sich auch die Militärattachés von Deutschland, England, Oesterreich und Spanien. In den Straßen und an den Fenstern harrte eine zahlreiche Menschenmenge. Gegen Mittag langte der Zug auf die Piazza Gran Madre di Dio, wo die Geistlichkeit die Leiche einsegnete. Der König, die Prinzen, Minister und Würdenträger führten bis St. Verga, wohin der Sarg unter Führung von Kavallerie gebracht wurde. Die Königin und die Herzogin von Aosta trafen um drei Uhr ebenfalls dort ein, wo eine große Volksmenge versammelt war. Der Leichnam wurde in der Basilika aufgestellt und nach nochmaliger Einsegnung in die Krypta hinabgelassen, wo der Herzog an der Seite seiner ersten Gemahlin ruht. — Die Wiener „Pol. Corr.“ vermisst, daß von der beabsichtigten Entsendung eines Mitgliedes des Oesterreichischen Kaiserhauses zu der Leichenfeier des Herzogs von Aosta in Folge Mittheilung des italienischen Botschafters Abstand genommen worden. Der Botschafter erklärte, daß es der ausdrückliche Wunsch des Verstorbenen gewesen sei, der Leichenfeier einen streng privaten Charakter gewahrt zu wissen, welchem Wunsche die Angehörigen nachgegeben seien.

Belgien.

Brüssel, 23. Jan. (Tel.) Das Handelsgericht entschied, daß Ausstände der Kohlengrubenarbeiter nicht als Fall „höherer Gewalt“ zu behandeln seien, welche die Bergwerke von den eingegangenen Verpflichtungen entbinden können. (Die Entscheidung des Brüsseler Handelsgerichtes ist offenbar von großer Bedeutung für den Verlauf der Streikbewegung, denn wenn die Bergwerksverwaltungen im Falle des Streikes an ihre Lieferungsverpflichtungen gebunden sind, werden sie den Forderungen der streikenden Arbeiter nicht Stand halten können.)

Frankreich.

Paris, 22. Jan. Die bisherigen Führer der Rechten, Baron Macau und Cassagnac, der Herzog von Broglie und Bischof Freppel, wollen nochmals einen Versuch machen, den Spaltungen der Rechten Einhalt zu thun und die letztere als Partei zusammen zu halten. Sie haben zu diesem Zwecke für morgen eine Plenarversammlung der Abgeordneten der Rechten ausgeschrieben. Man glaubt jedoch nach dem Fehlschlag früherer Versuche dieser Art, daß der Einigungsvorschlag scheitern wird. Die Zerfegung der Rechten ist zu weit fortgeschritten, um rückgängig gemacht zu werden, und ein großer Theil der Rechten will nichts mehr von der Führerschaft der Männer wissen, die das kompromittirte Wahlbündniß mit den Bonlangisten abgeschlossen haben.

Spanien.

Madrid, 22. Jan. Nach einer amtlichen Mittheilung ist das Befinden des Königs andauernd ein gutes.

Portugal.

Lissabon, 22. Jan. Die „Gazeta du Portugal“ erklärt sämtliche Sensationsnachrichten der fortschrittlichen und republikanischen Blätter, die darauf hinauslaufen, die öffentliche Meinung zu beunruhigen, für unbegründet. Das Blatt fügt hinzu, daß es diese Erklärung deshalb abgegeben habe, um die Gemüther zu beruhigen, damit man den anlässlich des Zwischenfalles mit England verbreiteten Erfindungen keinen Glauben beimesse.

Großbritannien.

London, 22. Jan. Eine Versammlung von Deputirten der Bergleute, welche ungefähr 100,000 Arbeiter vertraten, wurde heute in Birmingham unter Vorsitz des Deputirten Picard abgehalten. Schließlich beauftragte man die Deputirten Picard, Cunningham und Graham, im Unterhause eine Bill einzubringen, durch welche die Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt werden soll.

Serbien.

Belgrad, 22. Jan. Die Bruttoeinnahmen der Zölle während des Jahres 1889 betrugen 7 375 925 Dinars oder 276 599 mehr, als im Vorjahre. Nach Abzug der Regaliokosten verbleibt eine Reineinnahme von 4 899 021 Dinars. — In militärischen Kreisen herrscht einige Erregung darüber, daß der Kriegsminister den hiesigen Divisionskommandeur Oberst Paulowitsch zur Disposition gestellt hat. Die Maßregel erfolgte, weil Oberst Paulowitsch eine Protestkundgebung der Offiziere gegen den Beschluß der Stupschina, die Herabminderung der Offiziersgehälter, zugelassen hatte. (Das Vorgehen des Kriegsministers erscheint als ein durchaus korrektes, da den Angehörigen der Armee nicht das Recht zugestanden werden kann, gegen Beschlüsse der Volksvertretung Stellung zu nehmen. Ob der Beschluß der Stupschina weise war oder nicht, ist eine Frage, die mit der Forderung der militärischen Disziplin nichts zu thun hat; diese Frage mußte zwischen der Regierung und der Stupschina zum Austrag gebracht werden und der Kriegsminister hat in der Stupschina die Herabsetzung der Offiziersgehälter lebhaft bekämpft, die radikale Kammermehrheit sah sich aber in der Nothwendigkeit, ihre Versprechungen hinsichtlich der Erparungen im Staatshaushalte so weit als möglich einzulösen, und gelangte in dieser Erwägung zu den Abstrichen am Heeresetat, die so viel böses Blut in Armeekreisen gemacht haben.)

Bulgarien.

Sofia, 22. Jan. In der katholischen Kirche wurde ein Requiem für den Herzog von Aosta abgehalten, welchem Prinz Ferdinand und seine Mutter, Prinzessin Clementine, beiwohnten. Die Minister, sowie das diplomatische Corps hatten Vertreter entsandt, bezugleich die hiesige italienische Kolonie und die italienische Kolonie in Philippopol.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 23. Jan. 14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorhitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Geheimrath Dr. Noff und Geheimer Referendar Zoos.

Nach geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten und Verlesung der Eingaben durch das Sekretariat und Wahl der Kommission für das Berggesetz wird zur Interpellation der Abgg. v. Buol u. Genossen übergegangen, welche lautet:

Sind der Großh. Regierung aus verschiedenen Theilen des Landes Anträge unterbreitet worden, wonach auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, „die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betreffend“, religiöse Orden im Großherzogthum eingeführt und einzelne Niederlassungen von solchen ermöglicht werden sollen? Welche Stellung nimmt die Großh. Regierung diesen Anträgen gegenüber ein?

Die Interpellation wird vom Abg. v. Buol begründet und seitens der Großh. Regierung durch Geheimrath Dr. Noff wie folgt beantwortet:

Auf die Interpellation der Herren Abgg. v. Buol und Genossen beziehe ich mich im Namen der Großh. Regierung folgende Antwort zu geben:

An die Großh. Regierung sind von dem Erzbischof. Ordinariat zu Freiburg folgende, die Zulassung von Niederlassungen religiöser Männerorden bezweckende Anträge gerichtet worden:

1. Ein Antrag auf staatliche Genehmigung für Niederlassungen bezw. zur Errichtung von Klöstern der Kapuziner in Steißlingen und in Haslach; dem bezüglichen Schreiben des Erzbischof. Ordinariats war ein Bittgesuch der Kuratgeistlichen in den Landkapiteln Eingen, Hegau, Konstanz, Linzgau, Neßkirch und Stodach, ferner ein solches der Gemeindebehörden (Stiftungskommission, Gemeinderath, Ausschuß) zu Haslach beigegeben, in welchen Gesuchen der Herr Erzbischof angegangen wird, die Errichtung von Kapuzinerklosterniederlassungen in Steißlingen bezw. in Haslach herbeizuführen.

2. Ein Antrag auf staatliche Genehmigung zur Niederlassung von Priestern des Kapuzinerordens in Wallbüren. Dem Antrag war beigegeben ein an das Erzbischof. Ordinariat gerichtetes, von den Vorständen der Landkapitel Buchen und Wallbüren, sowie von den Gemeindebehörden zu Glashofen, Höfflingen und Waldstetten unterstütztes Bittgesuch des Gemeinbe-

raths und der Stiftungskommission zu Wallbörn, welches die Errichtung eines Kapuziner- oder Benediktinerkonvents für Wallbörn und Umgebung erhofft. Von religiösen Orden selbst sind Gesuche um Staatsgenehmigung zur Einführung des Ordens bezw. zur Errichtung von Ordensanstalten im Großherzogthum nicht eingekommen.

Nähere Angaben über die Satzungen des Ordens, dessen Einführung in Baden von dem Erzbischöflichen Ordinariat gewünscht wird, sind nicht gemacht, ebensowenig sind Nachweise beigelegt über das Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen für ständige öffentliche Ausübung kirchlicher Funktionen seitens der für die einzelnen Anstalten in Aussicht genommenen Persönlichkeiten.

Was die Stellungnahme der Großh. Regierung betrifft, so ist diese unter den vorliegenden Verhältnissen und im Hinblick auf die Verhandlungen in beiden Häusern des letzten Landtages über den Besetzungswurf betreffend Aenderung einiger gesetzlicher Bestimmungen über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate nicht in der Lage, den eingegangenen Anträgen auf Staatsgenehmigung zur Einführung des von dem Erzbischöflichen Ordinariat namhaft gemachten religiösen Ordens oder zur Errichtung einzelner Anstalten desselben Folge zu geben. An der hieran sich anschließenden Diskussion beteiligten sich außer Geheimrath Dr. Kott die Abgeordneten Kiefer, Gerber, Gönner, Marbe, Reiß, Pfefferle, Pfister, Musser, Wildens, Hennig, Weber (Konstanz), Kübler, Laud, Fieser und v. Buol. Nachdem ein Antrag der Abgg. Strübe u. Gen. auf Schluß der Diskussion Annahme gefunden, wird nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Kiefer, Gönner, Hennig, Musser, Fieser, Marbe und Pfefferle, geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten und Verstärkung der Petitionskommission die Sitzung nach 2 1/2 Uhr geschlossen. — Ausführlicher Bericht folgt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 23. Januar.

Die Einnahmen der badischen Bahnen betragen im Monat Dezember 1889:

	aus dem Personenverkehr	aus dem Güterverkehr	aus sonstigen Quellen	Summa	Januar bis mit November
nach provisor. Feststellung 1889	915 728	2 078 414	272 080	3 266 222	43 671 888
nach provisor. Feststellung 1888	853 389	1 952 257	239 932	3 045 578	40 802 932
nach definitiv. Feststellung 1888	851 080	1 949 901	273 854	3 074 835	41 299 532
Im Jahre 1889 gegen die prov. Einnahme des Jahres 1888	62 339	126 157	32 148	220 644	2 868 956
mehr weniger	—	—	—	—	—
und gegen die definitive Einnahme des Jahres 1888	64 648	128 513	1 774	191 387	2 372 386
mehr weniger	—	—	—	—	—

Laure, 22. Jan. (Reichswaifenhaus. — Brand.) Die Reichswaifenhauskassa hat für den verflohenen Monat Dezember wieder eine recht hübsche Einnahme zu verzeichnen, welche beträgt einschließlich der Zinsen von verschiedenen Kavitalien 9 945 M. 38 Pf. Von den verschiedenen Einnahmeposten sind besonders der durch die Generalrechnungs eingegangene Betrag von 4 800 M. und die Weihnachtsgaben mit 860 M. 55 Pf. hervorzuheben. An einströmenden Kapitalien sind bis jetzt angelegt 257 979 M. 82 Pf. Die Zinsen, die daraus erzielt werden, bilden wohl kaum die Hälfte des Aufwandes, welcher nach dem jetzigen Stand der Anstalt nöthig fällt. Zieht man dabei noch in Betracht, daß hinsichtlich der vorhandenen Räumlichkeiten noch mehrere Zöglinge Aufnahme finden könnten, so ist es doppelt geboten, unermüßlich weiter zu arbeiten an dem Werk, das Menschenliebe geschaffen und werthtätige Liebe auch ferner erhalten wird. — In Schweighausen brach am Montag ein Brand aus, der so rasch um sich griff, daß die Bewohner des brennenden Hauses kaum das nackte Leben retten konnten.

Verchiedenes.

W. Hamburg, 22. Jan. (Der Schriftsteller Feodor v. W.) ist heute gestorben. (Wehl, oder wie sein wirklicher Name lautet, Feodor v. Wehlen, war ein Schiefer und am 19. nach anderen Angaben am 21.) Februar 1821 in Rungendorf geboren. Er leitete in den Jahren von 1874 bis 1885 das Stuttgarter Hoftheater und lebte seitdem in Hamburg. Als dramatischer Schriftsteller ist er durch eine Reihe kleiner, harmloser Lustspiele bekannt geworden, die heute von den größeren Bühnen ziemlich verschwunden sind; sie sind in sechs Bänden 1864 bis 1885 gesammelt erschienen. Im Jahre 1856 ließ er sein Buch über „Hamburgs Literaturleben im 18. Jahrhundert“ erscheinen, dem dann die Novellen „Herzgeschichten“ (1857) und „Allerweltsgeheimnisse“ (1861), sowie die Porträts, wie der Verfasser es nannte, „Am tausenden Weibstuhle der Zeit“, folgten. Auf literarischem Gebiete trat er mit seiner Gedichtsammlung „Vom Herzen zum Herzen“ (1867) hervor. Seinem vielangekündigten Buch „Fünfzehn Jahre Stuttgarter Hoftheaterleitung“ (1885) folgten 1886 „Das junge Deutschland“, im gleichen Jahre „Der Ruhm im Sterben“ und manches Andere. In den letzten vier Jahren redigirte er das Feuilleton der Hamburger „Reform“.)

W. Hamburg, 22. Jan. (Zur Streikbewegung.) In einer allgemeinen Versammlung der streikenden Feuerleute, welche gestern stattfand, wurde die Durchführung des bestehenden Streiks einstimmig beschlossen, ein Streikomitee gebildet und ein Verein der Hamburger Schiffseiger und Timmer gegründet. In den nächsten Tagen wird eine weitere Versammlung in Altona stattfinden. Der Hamb. „Korresp.“ meldet über den Stand des Streiks: Der größte Theil der Antwerpener Erbsenleute ist wieder abgereist, nachdem er von den Streikenden mit Lebensmitteln reichlich versehen worden. Die Abreise verlief ruhig. Wie verlautet, kommen heute Abend 30 Leute von Stettin für die Padeisfahrt an, welche für diese Gesellschaft bereits dafelbst verpflichtet sind.

Benefice Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 23. Jan. (Privattelegramm.) Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden empfing heute, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mittheilt, die Söhne des gestern verstorbenen Reichstagsabgeordneten Frhrn. v. Frandenstein und begab sich gegen Mittag nach dem Kultusministerium, wo Höchsterseits längere Zeit bei dem Kultusminister Dr. v. Gohler verweilte. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin machte gestern Mittag eine Ausfahrt nach Charlottenburg und verweilte längere Zeit im Mausoleum.

Berlin, 23. Jan. Bei der morgen Vormittag im Bronzesaal des Stadtschlosses zu Potsdam stattfindenden Nagelung und Weihe der dem Regiment der Garde du Corps zu verleihenden neuen Standarte wird Seine Majestät der Kaiser den ersten Nagel, Ihre Majestät die Kaiserin den zweiten und sodann der Kaiser den dritten, vierten, fünften, sechsten und siebenten Nagel für seine Söhne einschlagen. Die kirchliche Feier zur Weihe der Standarte erfolgt durch den Feldprobst Richter im Marmorssaal. Nach der Feier nimmt der Kaiser die Parade über das Regiment der Garde du Corps im Lustgarten ab.

Berlin, 23. Jan. Der Reichstag setzte heute die zweite Berathung der Sozialistenvorlage fort. Die §§ 11 bis 13 wurden ohne Erörterung angenommen. Bei Berathung des § 22 beschwerte sich Grillenberger darüber, daß die Reichskommission die Sachen ungerechtfertigterweise verschleppe, ein Vorwurf, welchen Präsident v. Levetzow energisch zurückwies. Auch dieser Paragraph ward angenommen. Bei § 23 empfahl Hegel den Antrag Ackermann auf geheime Sitzungen der Reichskommission. Rulmann sprach gegen den Antrag.

Minister Herrfurth hebt hervor, daß die Tendenz des Gesetzes sich nur gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, nicht gegen diese letztere als solche wende, deshalb sei der kleine Belagerungsstand unentbehrlich. Ebenso dringend erforderlich sei der Befehl jeder Zeitbestimmung für diesen Paragraphen. Die verbündeten Regierungen könnten nur in einem dauernden Gesetz ein wirksames Mittel erblicken. Gegenüber dem ursprünglichen Gesetz seien häufig mildernde Maßnahmen getroffen. Eine weitere Abschwächung sei nicht angebracht. Die Sozialdemokratie richte ihre Spitze gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Jedem Freunde derselben sei daher zu sagen: tua res agitur. Die Führer und Agitatoren übten einen gewaltigen Einfluß auf die Massen; wenn diese erst aufgeregt seien, dann würden sie die Geister, die sie gerufen haben, nicht los werden.

Der Antrag Ackermann wurde abgelehnt und der Paragraph angenommen. Buhl erklärte, die nationalliberale Partei sei bereit, ein dauerndes Gesetz zu schaffen, könne aber leider den Standpunkt der Ausweisungsklausel nicht theilen und müsse bei ihrer ablehnenden Haltung beharren, da es wirksamere Mittel gebe.

Abg. v. Hellborn sprach für die Dauer des Gesetzes einschließlich der Ausweisungsbefugniß, es sei denn, daß die Regierung selbst auf letztere verzichten wolle. Windthorst sprach gegen die Ausweisung, welche größtentheils die Ausbreitung der Sozialdemokratie verschuldet habe. Der Antrag Ackermann, den Paragraphen 24 der Regierungsvorlage wieder herzustellen, wurde darauf gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt und der Antrag, Paragraph 24 nach dem Kommissionsbeschlusse zu streichen, angenommen.

Hierauf trat der Reichstag in die Berathung des Artikels 1 der Vorlage ein. Reichensperger und Mündel bekämpften die dauernde Gestaltung der Sozialistenvorlage. Rulmann erklärte, die Nationalliberalen würden eine grundsätzliche Stellung in manchen Punkten in dritter Lesung der Vorlage einnehmen. Bei namentlicher Abstimmung über die dauernde Festsetzung des Sozialistengesetzes wurde der Artikel mit 166 gegen 111 Stimmen angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes ohne weitere Erörterung. Die nächste Sitzung findet am Freitag 1 Uhr statt.

Berlin, 23. Jan. Heute früh um 9 1/2 Uhr fand ein Gedächtnisgottesdienst für den Reichstagsabgeordneten Frhrn. v. Frandenstein in der Hedwigskirche unter zahlreicher Beteiligung hoher Beamten, Abgeordneten und anderen Publikums statt. Vom Bundesrath wohnten Staatssekretär Graf Bismarck, die Staatssekretäre v. Stephan, Frhr. v. Malsbahn und v. Boetticher, im Auftrage des Kaisers Frlgelladjutant Graf Fjehwiz dem Gottesdienste bei. Die Leiche war gestern um 5 Uhr Nachmittags nach dem Hedwigskrankenhaus verbracht worden, wo heute Vormittag die Obduktion und Einbalsamirung erfolgte, später wurde sie in der Kapelle des Krankenhauses aufgebahrt, wo früh um 9 Uhr nochmals ein Requiem abgehalten ward. Morgen früh um 2 Uhr wird die Leiche vom Anhalter Bahnhof aus nach Schloß Ullstadt gebracht.

Leipzig, 23. Jan. Das Reichsgericht verwarf die im Prozeß Harmenting von Seiten des Verurtheilten eingelegte Revision.

Rom, 23. Jan. Die hiesige Bevölkerung bereitet großartige Kundgebungen zu Ehren des Königs und der Königin, sowie des Kronprinzen vor, welche am Samstag aus Turin zurückkehren.

Der Herzog von Genoa ist an Stelle des verstorbenen Herzogs von Aosta zum Präsidenten des „Consorzio Nazionale“ ernannt worden, einer Körperschaft, welche bezweckt, durch Sammlung von Beiträgen allmählig die öffentliche Schuld des Landes zu tilgen.

Paris, 23. Jan. Vor der Kammerkommission zur Prüfung des Antrages auf Verstellung einer Vertretung der

Bergarbeiter sprach der Minister der öffentlichen Arbeiten, Yves Guyot, gegen den Antrag. Die Aufgabe solcher Delegationen könne nur die Beaufsichtigung der Minen bezüglich der Sicherheit der Arbeiter sein. Niemals sei aber wegen eines Unglücksfalles ein Ausstand erfolgt, sondern stets nur wegen der Fragen der Arbeitsdauer, der Lohnhöhe und der Errichtung von Versorgungskassen. Diese Fragen allein würden die Delegationen zu beschäftigen haben, welche zu wahren Streitagenten werden würden. Der Minister erklärte, er wolle in der Kammer empfehlen, den Antrag in der vom Senate beschlossenen Fassung anzunehmen, um die Wirksamkeit des parlamentarischen Regimes zu sichern.

Paris, 23. Jan. In der Mine von Drocourt verunglückten in Folge des Veragens einer Aufzugsbremse die aufzufahrenden Bergarbeiter. Vier Arbeiter sind todt, zwanzig verwundet, von denselben fünfzehn schwer. Drei blieben unverletzt.

Paris, 23. Jan. In Südfrankreich haben in der Dienstagnacht und am Mittwoch früh heftige Stürme und Gewitter geherrschet; es werden vielfache Störungen des telegraphischen Verkehrs gemeldet.

New-York, 23. Jan. Nach einer Meldung aus Montevideo ist das brasilianische Dampfschiff „Machuelo“ mit dem Minister des Aeußern D. Bacayura an Bord dort eingetroffen. Der Minister habe einen warmen Empfang gefunden. Die Bevölkerung von Buenos Ayres, wo Bacayura am 26. Januar erwartet wird, bereitet ihm ebenfalls einen Empfang vor.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 26. Jan. 13. Ab.-Vorst.: „Die Zauberflöte“, Oper in 2 Aufzügen von Ed. Schikaneder. Musik von W. A. Mozart. Samstag: Herr E d n e r von Wiesbaden als Gast. Anfang 6 Uhr. Dienstag, 28. Jan. 12. Ab.-Vorst.: „Goldfische“, Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, 30. Jan. 14. Ab.-Vorst.: „Fidelio“, Oper in 2 Aufzügen von Ludwig van Beethoven. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 31. Jan. 15. Ab.-Vorst.: „Der Hüttenbesitzer“, Schauspiel in 4 Akten von Georges Dinet. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, 2. Febr. 1. Vorst. außer Ab. Zum erstenmale: „Der König wider Willen“, komische Oper in 3 Aufzügen. Text von Emile de Najac und Paul Burani. Deutsche Bearbeitung von Friedrich Bremer. Musik von Emanuel Chabrier. Anfang 6 Uhr. — Vormerkungen zu dieser Vorstellung werden von Montag den 27. Januar, Vormittags 8 Uhr an, angenommen. Das Vormerkbüro ist an Wochentagen von 8—12 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags geöffnet.

In Baden. Mittwoch, 29. Jan. 14. Ab.-Vorst.: „Er muß auf's Land“, Lustspiel in 3 Akten nach dem Französischen von Friedrich. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 18. Jan. Frieda Anna, B.: Jakob Dummser, Badolbenbauer. — 21. Jan. Josefine Marie Wilhelmine, B.: Joh. Pfand jun., Hotelier. — Friedrich Ernst, B.: Karl Lindorfer, Kaufmann. — 23. Jan. Friedrich Georg, B.: Karl Zimmermann, Installateur.

Cher aufgebote. 23. Jan. Georg Saier von Oberkettlingen, Metzger hier, mit Luise Rau von Kleinbottwar. — Otto Görtschel von Hohenmüllern, Assistent hier, mit Katharina Christmann von Kleinlarben. — Sirtus Kühle von Durbach, Bremser hier, mit Maria Eberle von Altleiningen.

Todesfälle. 21. Jan. Anna, 8 M. 2 J., B.: Magus Lehmann, Schaffner. — 22. Jan. Helene, 13 J., B.: Gustav Riebel, Sekretär. — Sofie, Ehefrau von Rechnungsath a. D. Anton Bischoff, 57 J. — 23. Jan. Josef Beremann, Chem., Möbeltransporteur, 39 J. — Karoline, Witwe v. Landwirth Philipp Gantker, 65 J. — Josef Kieginger, Chem., Mechaniker, 53 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar.	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in m.	Relative Feuchtigk. in %	Wind.	Himm.
22. Nachts 9 U.	741.0	+ 5.6	4.9	73	SW	bedeckt
23. Morgs. 7 U.	731.8	+ 11.2	7.5	75	—	—
23. Mitts. 2 U.	728.5	+ 12.6	7.8	72	—	—

1) Sturm und Regen. Regen der letzten 24 Stunden = 8.7 mm.

2) Sturm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 23. Jan. Morgs. 3.60 m, gestiegen 14 cm.

Uebersicht der Witterung vom 23. Jan. 1890, 8 Uhr Morgens. Die Depression, welche gestern vor der schottischen Ostküste lag, hat seitdem unter weiterer Zunahme ihrer Tiefe die ungewöhnliche Bahn nach Süd-Süd-West eingeschlagen, so daß ihr Centrum heute Morgen über der Grafschaft Wales lag. Hoher Druck bedeckt den Südoften Europa's. In Folge der hierdurch bedingten beträchtlichen Luftdruckunterschiede wehen in Westeuropa bis Süddeutschland herein stürmische Südwestwinde, welche dorthin starke Erwärmung gebracht haben. Im übrigen Deutschland lagen die Temperaturen nur wenig über dem Gefrierpunkt, so daß am Morgen ungewöhnlich große Wärmeunterschiede bestanden haben. (Karlsruhe 11 Gr., Wiesbaden 2 Gr.) Das Wetter ist dabei trüb und regnerisch.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 23. Januar 1890.

Staatspapiere.	Subventionen.	Berlin.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe	107.50	174 1/2
4 1/2 Preuss. Ransf.	108.50	117 1/2
4 1/2 Baden in R.	—	—
4 1/2 „ „	104.25	174.25
Deherr. Goldrente	95.10	163.70
4 1/2 Silberrente	72.20	118.80
4 1/2 „ „	68.50	172.25
4 1/2 „ „	81. —	165.00
1880r Russen	94.50	165.00
11. Orientanleihe	70.50	165.00
Italien. Compant	94.50	165.00
4 1/2 „ „	94.50	165.00
4 1/2 „ „	72.50	165.00
4 1/2 „ „	84.50	165.00
4 1/2 „ „	270 1/2	165.00
4 1/2 „ „	243.10	165.00
4 1/2 „ „	162.40	165.00
4 1/2 „ „	175. —	165.00
4 1/2 „ „	88.80	165.00

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

